

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug. Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto. Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreibundstr. 5

64. Jahrgang

Dezim, den 4. August 1920

Nummer 61

Etapperich als „Wirtschaftsführer“

„W. Eych“, Pseudonym für einen bekannten Etappenhelden im Verein Berliner Buchdruckerbesitzer, hat wieder einmal allerhand Kabinowikens insbesondere gegen die Führer der Hilfenschaft in der „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ zum besten gegeben. „Gewerkschaftlicher Seelenfang“ nennt er in Nr. 58 des Prinzipalsorgans das Resultat seiner Erschlüchterung darüber, daß nach dem Artikel von Theodor Leipart in Nr. 53 des „Korr.“ auch noch das Reichsbanner dazu beitragen könnte, die Macht der Gewerkschaften zu stärken. Zu geradem klaffiger Begriffserwirrung kempelte W. Eych zunächst den Aufsatz Leiparts zu einem Produkt schlotternder Angst vor sicherem Untergang der Republik und der Gewerkschaften, um trotzdem mit folgenden Kassandrarufern die Leser der „Zeitschrift“ davon zu überzeugen, daß nichts so sehr zu fürchten sei, als die Macht der Gewerkschaften:

„Ich habe mir vor etwa einem halben Jahre in einem Aufsatz zu bemerken und auszuführen erlaubt, daß die gesamte Gewerkschaftspolitik nichts als reinste Machtpolitik sei. Hier, glaube ich, findet auch der den Herren Gewerkschaftsführern gegenüber weniger Voreingenommene, als ich es bin, beim besten Willen kein andres Ziel offenbart als das eine: *Alle nur irgend wie erdenkliche Macht den Gewerkschaften!* Sie allein sollen Träger des sozialen und des wirtschaftlichen Lebens sein; in ihren Händen soll Selbstbestimmung und Selbstverwaltung liegen! Die schönen Schlagworte der „Gemeinwirtschaft“ und „Wirtschaftsdemokratie“, unter denen sich niemand etwas vorstellen kann, denn darum sind sie erfunden, tauchen selbstverständlich auf, und so ist der Leipart'sche Artikel nichts andres, als die Forderung an das „Jouvenale Volk“, freudigst zugunsten der Herren Gewerkschaftsführer Harakiri zu begehen!

Daß W. Eych gegen die Gewerkschaftsführer besonders voreingenommen ist, gibt er also selbst zu. Und daß er in einer noch weiteren Stärkung der Macht der Gewerkschaften durch das Reichsbanner die Möglichkeit erblickt, daß die Gewerkschaften allein Träger des sozialen und wirtschaftlichen Lebens sein, daß in ihren Händen Selbstbestimmung und Selbstverwaltung liegen sollten, das sieht die ehemalige Kabinoleuchte im Berliner Prinzipalsverein aus dem Leipart'schen Artikel hervorleuchten. Daß er von Gemeinwirtschaft und Wirtschaftsdemokratie nicht einmal eine blaße Ahnung hat, und daß er die Schuld an allen möglichen Perspektiven für eine vernünftige Umgestaltung der heutigen Wirtschaftsform nur den Führern der Gewerkschaften in die Schuhe schiebt, das ist ebenfalls etwas, was beweist, daß der gute Mann auf dem besten Wege ist, sich auf verlorenerem Posten zu fühlen.

Wir geben selbstverständlich gern zu, daß wir in einer weiteren Stärkung der gewerkschaftlichen Macht eine wichtige Voraussetzung für eine stärkere Beeinflussung des sozialen und wirtschaftlichen Lebens zum Segen des deutschen Volkes erblicken. Es wäre das Letztere aber nichts andres, als was W. Eych für sich und seine „Arbeitgeber“ als Unternehmervertreter jetzt schon in einseitiger Weise beansprucht. Nur mit dem Unterschied, daß die sozialen und wirtschaftlichen Vorteile einer Weiterentwicklung der Gewerkschaften, in erster Linie den Mitgliedern der Gewerkschaften zugute kommen würden, während der heutige Zustand, soweit er aus den Machtverhältnissen des Unternehmertums resultiert, auf einer Niedrighaltung des sozialen und wirtschaftlichen Lebens der Gewerkschaftsmitglieder und der großen Masse des Volkes aufgebaut ist und auf weitere Verschlechterungen der persönlichen Freiheit und der Lebenshaltung der Letzteren abzielt. Es ist daher auch begreiflich, daß W. Eych, dessen Schreibweise in der „Zeitschrift“ eine geradezu auffallende Übereinstimmung mit jener in gewissen offiziellen Schriftstücken des Vereins Berliner Buchdruckerbesitzer hat, seine Position im gleichen Maße gefährdet sieht, wie es den ihm so verhassten Gewerkschaftsführern gelingt, Macht und Einfluß der Gewerkschaften zu stärken. Nur scheint der gute Mann nicht zu erkennen, daß es für die Gewerkschaftsführer sehr nachteilig wäre, wenn ihre Tätigkeit für die Mitglieder der Gewerkschaften nicht erfolgreicher wäre als die des Herrn W. Eych. Denn sie können sich weder auf eine wirtschaftliche Normachstellung ihrer Mandatgeber, noch auf einen gewissen Nepotismus wie viele Unternehmervertreter stützen, sondern müssen durch praktische Erfolge ihre Befähigung als Gewerkschaftsführer beweisen. Daß auf diesem Wege die Gewerkschaften erfolgreich waren, daß die soziale

Idee insbesondere in unserm Gewerbe von gewerkschaftlicher Seite her früher und wirksamer als in den meisten andern Produktionszweigen zur Geltung gebracht werden konnte, brauchen wir im einzelnen hier nicht zu beweisen. W. Eychs „Gewerkschaftlicher Seelenfang“ ist selbst der beste Beweis dafür. Denn wenn er nicht selbst davon überzeugt wäre, daß er weder den Verband noch seine Führer mit offenem Bistur zur Strecke bringen kann, hätte er gar nicht nötig gehabt, mit seinem Namen hinter ein Pseudonym zu flüchten. In allen Fragen des sozialen Lebens, wo es sich um kulturelle Forderungen der Arbeiterchaft und der großen Volksmassen handelt, sieht er nur Phrasen und Schlagworte. Und mit einem solch geistig armen Schlagwortkoller glaubt W. Eych das ganze soziale Ringen der Gewerkschaften um bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse, die notwendigsten Voraussetzungen für bessere Lebensverhältnisse, der Lächerlichkeit preisgeben zu können.

Nachdem so W. Eych nahezu zwei Seiten des Prinzipalsorgans dazu benützt hat, um den Kernpunkt seines größten Ärgers zu bemänteln, rückt er endlich mit folgendem Beispiel heraus, das ihm überhaupt erst die Feder in die Hand gedrückt zu haben scheint:

Ein Gehilfe kommt, ganz gleich aus welchem Grunde, in eine andre Stadt, sucht und findet eine ihm zuzugende Kondition und nimmt diese zu einem feinen Weinchen entsprechenden Lohn an. Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind mit ihrer Vereinbarung durchaus zufrieden. — Das ist nach meiner Meinung, wirtschaftliche Selbstbestimmung. — Da kommt die Gewerkschaft, zitiert den Gehilfen vor ihr Forum und fragt ihn aus, weshalb, wieso und warum er gekommen sei, wieso, weshalb und warum er seine jetzige Stellung angenommen habe, welchen Lohn er habe usw. usw. Das Ende vom Lied: die Gewerkschaft verlangt Lösung der Kondition und Verlassen des Ortes, in dem der Betreffende eine seinen wirtschaftlichen Bedürfnissen entsprechende Stellung gefunden hatte. Arbeitnehmer und Arbeitgeber werden auf das schwerste geschädigt, die verfassungsmäßig gewährleisteten Rechte der beiden Parteien werden mißachtet, der Mann, der sich weigert, wird vor die Wahl gestellt, zu gehorchen, also seine sieben Sachen zu packen und weiter zu wandern, oder wegen Ungehorsams aus der Gewerkschaft herauszufallen! Schriftliche Beweise hierfür stehen zur Verfügung! Ist das die Idee der sozialen und wirtschaftlichen Selbstbestimmung und Selbstverwaltung“ oder die Idee der „Gemeinwirtschaft und Wirtschaftsdemokratie“?

Gewiß, Herr W. Eych, das ist ein kleiner Teil der „sozialen und wirtschaftlichen Selbstbestimmung und Selbstverwaltung“, auch ein Teil der „Gemeinwirtschaft und Wirtschaftsdemokratie“. Noch lange aber nicht die ganze Idee. Es entpricht gewerkschaftlichen Grundgedanken, den einzelnen Arbeiter vor willkürlicher Ausbeutung seiner Arbeitskraft zu schützen und ihn durch die Kraft der gewerkschaftlichen Organisation davor zu bewahren, daß die Notlage einzelner Arbeiter von gewissen Unternehmern dazu benützt werden könne, nicht nur die Lebenshaltung einzelner Arbeiter, sondern auch noch aller andern Arbeiter herabzudrücken zu können. Mit brutalem Machtwillen der Gewerkschaften, wie W. Eych im weiteren Verlauf seiner Seelenfängerphantasie, hat das gar nichts zu tun. Ausfluß eines mehr oder weniger geknickten Nachtwillens ist dagegen W. Eychs Seelenfang. Denn wirtschaftlich und sozial ist es von größter Bedeutung für die Arbeiterchaft, daß die Gewerkschaften darüber wachen, die bestehenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht durch bestelleige Unterbietungen und planlose Verwirrung auf dem Arbeitsmarkte verschlechtern zu lassen. Da es sich hierbei um den Schutz eines solchen von materiellen Produktionsmitteln in einzigartigem privatkapitalistischen Profitinteresse, sind diese Abwehrmaßnahmen von gewerkschaftlicher Seite von größter sozialer und kultureller Bedeutung. Sie stehen turmhoch über ähnlichen Bestrebungen des organisierten Unternehmertums auf wirtschaftlicher Hochhaltung der Preise. Der Form nach könnte man zwar das Letztere als ebenso berechtigt beurteilen, wie die Aufrechterhaltung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch die Gewerkschaften. Aber wenn man weiß, daß z. B. der größte Teil der heutigen Verkaufspreise nur selten eine einwandfreie wirtschaftliche Berechtigung hat, so ergibt sich daraus von selbst die Pflicht der Erhaltung und Stärkung der Kaufkraft der Arbeiterchaft. Die dazu von den Gewerkschaften wie auch in unserm Verbands auf Wunsch der Mitglieder angewandten Abwehr-

maßnahmen haben daher eine noch viel höhere Berechtigung, als alle nicht minder starken Mittel zur Bekämpfung der Preisscheuderei oder sogenannten Schmutzkonturrenz in Unternehmertreuen. Wenn man z. B. alle Sicherungsmaßnahmen im Deutschen Buchdrucker-Verein gegen Preisunterbietungen in Betracht zieht, dann muß man sich nur wundern, wo gerade ein Führer der Berliner Buchdruckerbesitzer den Mut hernimmt, ähnliche Abwehrbestrebungen der Arbeiterchaft als Verstöße gegen persönliche Freiheit und Wirtschaft zu verurteilen. Wir empfehlen daher dem hier gekennzeichneten Seelenfänger im Berliner Prinzipalslager, zunächst vor seiner eignen Tür zu kehren, ehe er sich an die Hilfenschaft heranzumachen erdreistet. Man soll nicht mit Steinen werfen, wenn man in einem Gassehaufe sitzt. Denn was innerhalb des letzteren speziell in Berlin und insbesondere im engeren Kabinobereich von W. Eych nach dieser Richtung schon vor sich gegangen ist, ist nicht dazu angetan, auch nur einen Funten moralischen Rechts zu einer solchen Anpöbelerei der Hilfenschaft und ihrer Führer im deutschen Buchdrucker-Gewerbe zu geben. Wir raten daher dem W. Eych, sich in Zukunft etwas weniger weit hervorzuwagen, und nicht die Gewerkschaftsführer für Dinge verantwortlich zu machen und zu begeißeln, die ihren Ursprung nur der mehr als kostspieligen und kulturwidrigen Arbeiter- und Volksfeindlichkeit einer durch und durch verfehlten „Führung der Wirtschaft“ in Unternehmertreuen zu verdanken haben.

Eine merkwürdige „Berichtigung“

Herr Schmidt, Generalsekretär des Vereins Berliner Buchdruckerbesitzer, hat uns vor einigen Tagen mit einem Schreiben beehrt, in dem er unter Berufung auf § 11 des Pressegesetzes um eine Berichtigung der Notiz „Erfolgreicher Kampf gegen Unternehmervillwäre“ unter „Allgemeine Rundschau“ in Nummer 56 des „Korr.“ ersuchte. In der Einleitung seines Schreibens bemerkt er zunächst, die in Frage kommende Mitteilung habe die Tatsachen völlig verdreht und zum Schluß behauptet er nochmals: „Die Darstellung des „Korrespondent“ ist also durchaus einseitig tendenziös aufgemacht und im Wesentlichen unrichtig.“ Der zwischen diesen, mit § 11 des Pressegesetzes sachlich nicht vereinbaren, subjektiven Urteilen des Herrn Generalsekretärs eingehängte Wortlaut der gewinnlichen Berichtigung ist, unter Weglassung des Namens des in Frage kommenden Klägers, folgender:

Der Maschinenseher hat beim Landgericht und nicht, wie der „Korr.“ schreibt, beim Amtsgericht i Einpruch dagegen erhoben, daß in einem Mitteilungsblatt des Vereins Berliner Buchdruckerbesitzer und nicht in der „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ den Berliner Mitgliedsfirmen nahegelegt ist, vor Einstellung des in der Geschäftsstelle anzufragen. Aus Gründen, die im einzelnen nebensächlich sind, ist ein Vergleich zustande gekommen, nach dem Herr der etwa 1000 M. gefordert hatte, 350 M. vom Verein Berliner Buchdruckerbesitzer ansagehakt bekommen hat. Von einer Beurteilung zu einer Geldstrafe, wie der „Korr.“ behauptet, ist also keine Rede. Über den Vortermin hinaus ist die Verhandlung überhaupt nicht geblieben. Von einem Verbot derartiger Veröffentlichungen ist gleichfalls keine Rede. Der Verein der Berliner Buchdruckerbesitzer hat sich nur bereit erklärt, in Zukunft eine Notiz ähnlichen Inhalts aus der Veranlassung, die zu der Klage geführt hat, nicht wieder aufzunehmen.

Wie liegen aber nun die Dinge in Wirklichkeit? Daß der Einspruch des betreffenden Maschinensehers nicht beim Amtsgericht, sondern beim Landgericht erhoben wurde, ist nach unsrer Auffassung, so nebensächlicher Natur, daß es Mißbrauch des § 11 des Pressegesetzes bedeutet, wenn man glaubt, diesen Formalienkram zum Anlaß einer besonderen Berichtigung machen zu müssen. Daß aber in der Berichtigung des Generalsekretärs der Streitpunkt, der zur Klage geführt hat, trotz des von Herrn Schmidt unterschriftlich anerkannten Vergleichs, der eine Wiederholung der Berufserklärung des Klägers für die Zukunft ausschließen sollte, mit dem Namen der vollen Namensnennung des ursprünglich Verfehlten ausgeglichen ist, betrachten wir als einen großen Verstoß gegen den Vergleich vor dem Landgericht. Es muß nach unsrer Ansicht gänzlich ausgeschlossen sein, daß ein Generalsekretär diese Wirkung einer solchen Berichtigung nicht voraussehen konnte. Wir haben daher den Namen des betreffenden Kollegen in der

Berichtigung mit voller Absicht alle dreimal geschrieben und überlassen es nun ihrem Verfasser, das Gericht wegen dieser Streichung gegen uns anzurufen. Der Buchstabe des Gesetzes gibt ihm das Recht dazu!

Zur Sache selbst hätten wir jedoch an Hand einer nachträglich uns zugegangenen Information über den Streitfall noch folgendes zu sagen: Es ist un w a h r, daß der Kläger etwa 1000 M. Entschädigung verlangt habe, er forderte nur 500 M. Auf die Erklärung des die Verhandlungen leitenden Richters, wonach die Entschädigung nicht als Ersatz entgangenen Arbeitsverdienstes anzusehen, ein solcher vielmehr an den Nachweis tatsächlicher erwachsenen Schadens durch ein besonderes Verfahren gebunden sei, insofern dessen auch eine eventuelle Rückzahlung erhaltener Unterstufungen durch den Kläger von dieser Entschädigung nicht in Frage kommen könnte, war der Kläger schließlich mit der vom Richter vorgeschlagenen Entschädigung in Höhe von 350 M. einverstanden. Ferner erklärte der Vorsitzende des Gerichts schon im ersten Verhandlungstermin am 5. Juni, daß die von der beklagten Partei geltend gemachten Gründe für die Verurteilung nicht im geringsten ausreichen könnten, um eine solche Handlung des beklagten Vereins zu rechtfertigen. Er empfahl daher dem Rechtsanwalt des letzteren von vornherein einen Vergleich. Da jedoch der Rechtsanwalt des Vereins Berliner Buchdruckereibesitzer zu einem Vergleich keine Vollmacht hatte, wurde die Verhandlung auf einen späteren Termin verlagert mit der Maßgabe, zu diesem Termin auch den Generalsekretär des beklagten Vereins persönlich zu laden. Im zweiten Termin war dann der Generalsekretär anwesend. Vor Eintritt in die Verhandlung sprach der Richter eine Pause ein, um den Parteien noch einige Zeit zur Schaffung einer annehmbaren Basis für einen Vergleich zu geben. In dieser Pause wurden zwischen den Parteien über die beantragte Zurückziehung der Forderung gegen den Kläger nur wenig Worte gewechselt, da die Gegenpartei sofort bereit dazu war. In Entschädigung wollte sie dagegen nur 210 M. gewähren, weil für mehr auch Herr Schmidt keine Vollmacht habe. Bei Eröffnung der Sitzung hatte das Gericht den Wortlaut der Zurücknahme der Verurteilungserklärung jedoch bereits formuliert, und vom Vorsitzenden selbst wurde eine Entschädigung von 350 M. an den Kläger vorgeschlagen. Beides wurde dann von den Parteien anerkannt. Die Kosten des gesamten Rechtsstreits, also auch die Anwaltskosten, hat der Verein Berliner Buchdruckereibesitzer zu tragen.

Soweit nach diesem Sachverhalt die kurze Notiz in Nr. 56 des „Korr.“ noch in Frage kommt, die wir übrigens lediglich dem Berliner „Vorwärts“ entnommen hatten, und zwar mit ausdrücklicher Quellenangabe, kommt also eine Geldstrafe durch Urteil nicht in Betracht. Aber der ganze Verlauf der Verhandlungen vor dem Gericht ließ erkennen, daß, wenn kein Vergleich zustande gekommen wäre, das Gericht bestimmt zu einem Urteil im Sinne des Klägers gekommen wäre. Diese Erkenntnis gab dem Generalsekretär auch Veranlassung, auf den vom Vorsitzenden des Gerichts befürworteten Vergleich einzugehen, wonach die Verurteilung des Klägers zurückgenommen, die Verpflichtung zur Vermeidung weiterer Veröffentlichungen aus den gleichen Gründen anerkannt und eine beachtenswerte Entschädigung des Klägers zu zahlen war. In einer Geldstrafe hätte der Kläger sicher weniger Genugtuung empfunden als in dem ohne Urteil erzielten Erfolg seiner Klage. Daß unter solchen Umständen der Generalsekretär des Vereins Berliner Buchdruckereibesitzer so großen Wert darauf legt, berichtigt zu sein, daß diese für sein Ressort zweifellos wenig rühmliche Angelegenheit ihren Ursprung nicht der „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ verdankt, ist zu verstehen. Hoffentlich trägt der Ausgang dieses Falles dazu bei, daß auch dem „Mitteilungsblatt des Vereins Berliner Buchdruckereibesitzer“ von nun an solche kostspielige Verurteilungen durch den Generalsekretär ferngehalten werden. Sollte er jedoch trotzdem noch des Gesandten sein, daß der mit seinem Namen unterzeichnete Vergleich mit andern ähnlichen Fällen nichts zu tun haben könne, so dürfte er sich gewaltig irren. Um so mehr, als er durch seinen Berichtigungseifer der breiteren Öffentlichkeit erst recht deutlich zur Kenntnis gebracht hat, auf welchem Territorium er sich befindet.

Zweites Ostdeutsches Buchdrucker-Jängertag

Eine überlange Zeitspanne dehnt sich zwischen dem ersten östlichen Buchdruckerjängertag Pfingsten 1908 in Königsberg und dem zweiten Ostdeutschen Buchdruckerjängertag Pfingsten 1926 in Danzig. Im Jahre 1918 vereinte die Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker die „Prominenten“ aus der deutschen Kollegenschaft sowie die Vertreter ausländischer Brudervereinigungen in Danzigs Mauern als Gäste des damaligen Ortsvereins Danzig im Gau Westpreußen. Dann raste der Weltkrieg durch die Lande. Über alles aber siegte das traditionelle Zusammengehörigkeitsgefühl in unserer Organisation. Und ganz besonders da, wo die Nachwirkungen der weltgeschichtlichen Auseinandersetzung neue staatsliche Grenzen, neue wirtschaftliche Verhältnisse schufen, denen sich auch die Organisationsgebilde der Buchdrucker anpassen mußten, wurde dies erkennbar. Hinüber und herüber blieben die alten Beziehungen erhalten. Spät erst, aber dennoch fanden sich auch unsere Kollegen an g a n g e r e i n e im Osten zusammen, um nach so langer Pause einmal Stunden kollegialer Freude gemeinsam durchzukosten.

Das Pfingstfest 1926 lag also die Gesangsvereine „Gutenberg“ (Bromberg), „Gutenberg“ (Elbing) und „Typographia“ (Königsberg) beim Danziger Buchdruckerjängertag in den Mauern der Freien Stadt Danzig zu Gast. Kollegen aus Posen, Marienwerder und andern Orten nahmen mit ihren Damen ebenfalls am Feste teil. Am ersten Feiertag vereinte eine gemeinsame Mittagstafel Gastgeber und Gäste im „Friedrich-Wilhelm-Schützenhaus“. In den vielen Begrüßungsreden schwang die Freude an der schönen Stunde mit. Hatten die vorwärtigsten Empfänge an der Eisenbahn, am Autobus und am Dampfer bei strahlendem Sonnenschein vor sich gehen können, so machte am Nachmittag des Regens Feuchtigkeit aus dem geplanten großen Gartenkonzert ein Saalfest in zwangvoller Enge.

Die gesanglichen Leistungen der 200 Sänger standen zweifellos auf hohem Niveau und zeigten ein wertvolles Ergebnis intensiver Probenarbeit. Es war ein klangvoller, intelligenter Tonkörper, den die beiden Hauptdirigenten, Erwin Fuxstiel (Königsberg) und Bernhard Bier (Danzig), jünger am Stabe hatten. Bei den Einzelsängern erwies sich die Königsberger „Typographia“ als ein wohlgeschulter Chor mit gutem, frischem Stimmaterial, besonders bei den Tenören. Aussprache und Tonbildung waren exakt. Chorleiter Fuxstiel konnte sich auf seine Sänger verlassen und war ihnen ein guter Führer. Die Vereine Elbing und Bromberg, an Zahl wesentlich geringer, hielten sich sehr tapfer und durften für manche schön gelungene Leistung starken Beifall buchen. Bernhard Bier mit den Danzigern, deren gute Qualitäten bekannt sind, hatte besonderen Wert auf musikalische Kleinarbeit gelegt. Zwischen den Chören gedachte Kollege F u x s t i e l (Königsberg) des 60jährigen Geburtstages unseres Verbandes in einer Festansprache. Er sprach von den vielen opferreichen Kämpfen, die der Verband überstehen mußte, bis er sich langsam aber stetig zu dem heutigen festen Gebilde fügte, das seinen Mitgliedern Schutz und Heimat ist. Seine Worte klangen aus in einem Treugelübnis zur Organisation. Ein Festball hielt alsdann alles in bester Laune zusammen.

Am nächsten Tage fand sich, trotz des immer noch die Pfingstfreude trübenden Regens, eine stattliche Gesellschaft an den verschiedenen Treffpunkten zu Besichtigungen in der Stadt und Ausflügen in die Umgebung ein. Am frühen Nachmittag führte eine Dampferfahrt die Festgemeinde durch den Hafen und über See nach Joppot. Im Kurgarten warteten die Sänger nochmals im Rahmen des Kurkonzertes mit Darbietungen auf; leider hatte das kalte Wetter nicht allzu viel „indifferentes“ Publikum nach Joppot gelockt. Der Abschluß war ein zwangloses Beisammensein im herrlichen Saal des Kurhauses. Vorträge der Königsberger „Typographia“, launige Kundgebänge, viele freudig-herzliche Abschiedsworte füllten die knappe Stunde, über der als Menetekel die Abschiedszeiten der Jüge drohten, die Gäste und Gastgeber wieder in das Einerlei des proletarischen Alltags zurückführen sollten. Eshing lud die Kollegenschaft für das Jahr 1927 zum Dritten Ostdeutschen Buchdruckerjängertag zu sich und Königsberg will 1933 zu seinem 50. Stiftungsfest alle bei sich zu Hause sehen.

So endeten viel zu schnell die Stunden kollegialer Freude und freundschaftlicher Hohegefühls. Alle Kollegen werden Erinnerungen nach Hause genommen haben, die so leicht nicht vergessen werden. Auch wo in den vielen Reden der örtlichen „Korppäten“ sowie vor und nach dem Feste von „schlichten Männern aus dem Buchdruckerstand“ manches Berechtigte freimütig-kritisch ertönt, ist es aufgenommen worden als Ausdruck starken Verantwortungsgedankes für unsere Organisation, das mehr als in andern Verbänden auf den Schultern der „breiten Masse“ liegt.

Hoffen wir, daß vieles von dem, was mit Einschluß des Wetters hätte besser sein können, sich in Elbing verwirklichen wird, damit der alte Spruch Wahrheit werde, daß man vom Ratstafel immer klüger herauskommt, als man hineingegangen ist. In diesem Sinne sei allen Kollegen, die Pfingsten in Danzig waren, nochmals ein herzlicher Gruß geweiht. A. S. (Danzig)

Sozialpolitik und bürgerliches Recht

Soziale Fürsorge und Unternehmertum

Wie die gewerkschaftlichen Kämpfe nur zu deutlich erkennbar machen, steht das Unternehmertum den Bestrebungen auf soziale Hebung der Arbeiterklasse seit jeher feindlich gegenüber. Alles was an sozialen Erwerbungsformen vorhanden ist, konnte nur gegen den härtnlichsten Widerstand des Unternehmertums durchgesetzt werden. Dieser Widerstand gegen den sozialen Fortschritt macht sich auch heute noch demerkbar, wenn auch nicht mehr in der offenen Brutalität wie früher, wo die Arbeiterbewegung sich noch in den Anfängen ihrer Entwicklung befand. Die Zeiten haben sich geändert, damit aber auch die sozialen Anschauungen, denen das Unternehmertum Rechnung tragen muß. Seine Vertreter suchen es deshalb zu vermeiden, in den Verdacht sozialer Verfehlungslosigkeit zu geraten, und wenn man ihren Versicherungen glauben könnte, gibt es keine besseren Freunde des sozialen Fortschritts, als in den Kreisen der Unternehmer. Nur ist damit stets ein „Aber“ verbunden, das es verhindert, die aufgestellten Forderungen zu verwirklichen.

Sehr deutlich zeigt sich diese Einstellung in dem Kampfe des Unternehmertums gegen die sozialen Forderungen der Arbeiterschaft über die gesetzliche Festlegung des Mindestlohntages, die Schaffung einer ausreichenden Erwerbslosenversicherung, Erhöhung der Löhne zur Stärkung der allgemeinen Kaufkraft, Bervollständigung des Arbeiter-

schutes, Ausbau der sozialen Versicherungsgesetzgebung usw. Es fehlt nicht an Äußerungen aus dem Unternehmerlager, die eine Übereinstimmung mit diesen Forderungen zum Ausdruck bringen, nur bei der Zeitpunkt zu ihrer Durchführung noch nicht gekommen, weil es die wirtschaftliche Lage der Unternehmungen nicht zulasse. Mit den gleichen Gründen tritt das Gros der Unternehmer den Forderungen der Arbeiter schroff entgegen. Die wirtschaftliche Lage der Unternehmungen wird von ihnen in den schwärzesten Farben geschildert. Deshalb könne und dürfe es keine weiteren sozialpolitischen Experimente geben. Um die Wirtschaft zu heben, helfe nicht andres als die Aufhebung der gegenwärtigen Zwangswirtschaft, die Feststellung der Löhne und Gehälter nach wirtschaftlichen Grundföhen, Wegfall des Tarifzwanges durch die staatlichen Schlichter, Freigabe der Arbeitszeit usw. Nur so werde dem Unternehmer die erforderliche Dispositionsfreiheit gegeben, ihm eine scharfe Konkurrenz ermöglicht, die Voraussetzung jeder Preislenkung sei, die Grundlage einer gesunden Wirtschaftsführung geschaffen und verhindert, daß die Überspannung der sozialen Fürsorge, deren Segnungen durch den unter dieser Last drohenden Zusammenbruch der Unternehmungen sich in ihr Gegenteil verkehre.

Das Unsinnige dieser Behauptungen ist von den Gewerkschaften oft genug nachgewiesen worden. Das hält das Unternehmertum nicht ab, bei jeder sich bietenden Gelegenheit das Gegenteil zu wiederholen. Seine Vertreter kennen die suggestive Wirkung derartiger immer wiederkehrender Behauptungen und wissen, daß sie damit stets Gläubige finden, die unfähig oder zu denkfaul sind, das Beschaupete auf seine Richtigkeit nachzuprüfen. Ein bezeichnendes Beispiel dieser Art liefert der vor kurzem erschienene Bericht der Discontagesellschaft, eines der größten deutschen Bankunternehmungen, für das Jahr 1925. In diesem Bericht finden sich alle vorstehend angeführten Behauptungen wieder. Selbst die unter der Überspannung der sozialen Fürsorge zusammenbrechenden Unternehmungen sind nicht vergessen. Das ist um so unverfrorener, als der Bericht in seinem finanziellen Ergebnis von einer solchen Gefahr für dieses Unternehmen nichts erkennen läßt. Er schließt nämlich mit einem für die gegenwärtige Wirtschaftslage recht erklecklichen Gewinn von 10 Millionen Mark ab, der die Verteilung einer zehnprozentigen Dividende gestattet und außerdem dem Aufsichtsrat für seine sicher nicht aufreibende Tätigkeit eine Entlohnung von 480 000 M. gewährt. Die Ausbeutung der Arbeiter und Angestellten hat sich also recht reichlich gelohnt.

Solchen Beispielen könnte entgegengehalten werden, daß die günstige Lage eines Unternehmens nichts beweist, sondern für eine zutreffende Beurteilung nur die allgemeine Lage entscheidet. Untersucht man diese aber näher, so ergibt sich, daß sie keineswegs so schlecht ist, wie es von den Unternehmern behauptet wird. Nach dem in Heft 12 von „Wirtschaft und Statistik“ veröffentlichten Geschäftsergebnissen von 7866 deutschen Aktiengesellschaften im Jahre 1924/25 wiesen nämlich 4988 = 65 Proz. trotz der ungünstigen Wirtschaftskonjunktur einen Bilanzgewinn auf und nur 2287 = 29 Proz. schlossen ohne Gewinn und Verlust ab. Der Anteil, der mit Gewinn abschließenden Gesellschaften am eingezahlten Aktienkapital betrug 87 Proz., der Anteil der mit Verlust abschließenden Gesellschaften dagegen nur 9,7 Proz. Das Jahresergebnis, d. h. die Summe der Gewinne, vermindert um die Summe der Verluste, betrug 4,1 Proz. des Eigenkapitals. Das erscheint noch recht erträglich und läßt von der so lebhaft betonten Notlage der Unternehmungen nichts erkennen. Diese ist auch insofern nicht vorhanden, als sich die Vermögenslage der Gesellschaften ganz beträchtlich besserte. Während z. B. bei den Vorkriegsgesellschaften das Eigenkapital im Jahre 1913 nur etwa drei Fünftel der arbeitenden Mittel betrug, war es im Berichtsjahre auf drei Viertel gestiegen, was das Eintreten einer sehr weitgehenden Entschuldung beweist, die freilich nur auf Kosten der Inflationsgläubiger zustande kam.

Aus dem Angeführten geht hervor, daß das Unternehmertum nicht berechtigt ist, über eine unerträgliche Notlage zu klagen, desgleichen aber auch die düsteren Prophezeiungen von einem Zusammenbruch der Unternehmungen infolge Überspannung der sozialen Fürsorge nicht ernst zu nehmen sind. Mit sehr viel größerem Recht könnte die Arbeiterschaft ihren wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch in Aussicht stellen, wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht bald eine wesentliche Besserung erfahren. Schon allein die nahezu ein Jahr dauernde gewaltige Arbeitslosigkeit, wie die im gleichen Umfange auftretende Kurzarbeit, lassen bei ihrer Fortdauer den schlimmsten Besorgnissen Raum. Was wollen dem hieraus entspringenden Elend gegenüber die gegenwärtigen sozialen Leistungen besagen? Den Arbeiter fällt es nicht ein, diese Leistungen als unerheblich zu betrachten. Ebensovienig dürfen sie aber auch überhöht werden, denn obwohl es sich um Milliarden handelt, sind sie doch, auf den einzelnen berechnet, sehr gering und bei weitem nicht ausreichend, die in den Kreisen der Erwerbslosen, Kurzarbeiter, Unfall-, Invaliden- und Kriegsentner herrschende Not zu beseitigen.

Das Geschrei von der Überspannung der sozialen Fürsorge, wie es von den industriellen Unternehmern und den mit ihnen am gleichen Strang ziehenden Großagrariern angekimmt wird, ist deshalb nichts andres als Heuchelei. Um so mehr, als das Unternehmertum die aus dieser Fürsorge entstehenden Lasten gar nicht aus seiner Tasche zahlt, sondern sie nur verrecknet. Die Parteil- und Syndikalpolitik des Unternehmertums weiß nur zu gut durch die

über die produktive Notwendigkeit hinaufgeschraubten Warenpreise und niedrig gehaltenen Löhne diese Lasten in vollem Umfang auf die Masse der Verbraucher und Arbeiter abzuwälzen, ja sogar noch Gewinne daraus zu ziehen. Nur wirtschaftspolitischer Unverstand oder böser Wille kann das Gegenteil behaupten! Was bedeuten übrigens die der Arbeiterschaft als den allein produktiven Kräften der Wirtschaft gewährten sozialen Leistungen gegenüber den Anforderungen des Unternehmertums, die es zu seinen Gunsten an den Staat und die Wirtschaft stellt? Sind die Schutzgölle, Subventionen, Steuer- und Frachtermäßigungen, die den Unternehmern auf Kosten der arbeitenden und verbrauchenden Bevölkerung gewährt werden und gleichfalls in die Milliarden gehen, nicht ebenfalls Lasten, die der Wirtschaft auferlegt werden sowie von ihr getragen werden müssen? Von einer Überspannung dieser Lasten hört man freilich bei den Unternehmern kein Wort, sie in erheblichem Maße dazu beitragen, die Wiederkehr besserer Wirtschaftsverhältnisse zu verhindern.

Die wirtschaftliche Lage nötigt das Reich, durch Bewilligung von Auslandsbeiträgen, Erteilung von Aufträgen an die Industrie, Vornahme von Fluß- und Kanalarbeiten, Meliorationen usw. die herrschende Arbeitslosigkeit in wirksamer Weise zu bekämpfen als bisher. Es sind sehr hohe Aufwendungen erforderlich. Die hieraus entstehenden Lasten fliegen nicht nur den Arbeitern, sondern auch den Unternehmern, und diesen in besonders hohem Maße, zu. Nicht anders ist es bei den sozialen Leistungen des Reichs, der Länder und Gemeinden. Tragen sie doch dazu bei, die Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung nicht ganz zusammenbrechen zu lassen, wie es ohne sie der Fall sein müßte, wenn es nach den Absichten der Unternehmer ginge. Der Kapitalismus erkennt grundsätzlich keine soziale Fürsorge an, obwohl er an dieser absehenden Haltung am Ende zugrunde gehen müßte. Diesen Standpunkt kann der Staat wie die Gesellschaft schon wegen ihrer Selbsterhaltung nicht teilen. Eine soziale Fürsorge für die Opfer unserer heutigen kapitalistischen Wirtschaft ist unermesslich. Selbstverständlich kann sie nicht über das hinausgehen, was die Wirtschaft zu tragen vermag, denn ein ihren Ertrag übersteigender Verbrauch müßte sie zum Erliegen bringen. Wie aber die bestehenden sozialen Gegenstände in der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung jedem, der leben will, klar genug zeigen, brauchen die Arbeiter eine derartige Fürsorge nicht zu fürchten. Hier stehen noch die weitesten Ausgleichsmöglichkeiten offen, die von den Arbeitern durch Förderung der gewerkschaftlichen Bestrebungen ausgenutzt, ihren sozialen Aufstieg, zugleich aber auch einen weiteren Ausbau der sozialen Fürsorge verheißen. **M a t t u t a t.**

Das „soziale Wahljahr“ in der Arbeiterversicherung

Der Reichstag wird nach seinem Wiederzusammentritt noch verschiedene neue Gesetze und Abänderungsgesetze auf dem Gebiete der Sozialpolitik beraten und wahrscheinlich auch annehmen. So hat beispielsweise der Reichsarbeitsminister einen Gesetzentwurf über „Wahlen nach der Reichsversicherungsordnung und dem Angestelltenversicherungsgesetz“ veröffentlicht. Dieses Gesetz soll und wird grundsätzliche Änderungen auf dem so überaus wichtigen Gebiete der Wahlen zu den Versicherungsträgern (Krankenkassen, Bezugsvereinigungen) und auch zu den Aufsichtsböörden bringen. Eingefanden muß werden, daß nach den heutigen Bestimmungen diese Wahlen nicht einseitig sind und auch in ihrer Durchführung oft viel zu wünschen übrig lassen. Nach den jetzigen Bestimmungen beträgt die Wahlzeit der Versicherungsträger und Arbeitgebervertreter zu den Organen (Aufsicht und Vorstand) der Versicherungsträger und auch zu den Aufsichtsorganen grundsätzlich vier Jahre. Diese Wahlzeit soll nach dem neuen Gesetzentwurf auf 5 Jahre verlängert werden. Dies ist eine der Hauptneuerungen des neuen Gesetzes. Die zweite und eigentlich wichtigste Neuerung ist die, daß alle derartigen Wahlen, die bisher zu verschiedenen Zeiten stattgefunden haben, in ein Jahr zusammengelegt werden sollen. Man will also ein sogenanntes soziales Wahljahr schaffen, in welchem sämtliche in der Arbeiter- und Angestelltenversicherung ehrenamtlich tätigen Personen gewählt werden sollen. Es soll damit dem Zustande ein Ende gemacht werden, daß dieses Jahr die Wahlen zu den Organen der Krankenkassen, im nächsten Jahre die Wahlen zu den Versicherungsträgern usw. stattfinden. Alle diese Wahlhandlungen sollen künftig in einem Jahre getätigt werden. Dadurch, daß die Wahlzeit einheitlich auf 5 Jahre festgelegt wird, werden auch die Neu- und Wiederwahlen einheitlich in einem Jahre stattfinden. Ebenso sollen die Wahlen zu den Organen der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in das soziale Wahljahr gelegt werden. Als Übergangsbestimmung ist vorgesehen, daß die Amtsbauer aller jetzt ehrenamtlich tätigen Personen am Schlusse des Jahres 1926 endigt. Soweit seit dem 1. Januar 1925 schon Neuwahlen stattgefunden haben, bleiben die darin gewählten Vertreter länger als bis zum Ablauf des Jahres 1926 im Amte. Die Neuwahlen müssen für die am Schlusse des Jahres 1926 Ausscheidenden dann im Frühjahr des Jahres 1927 stattfinden. Dieses Jahr ist dann das erste soziale Wahljahr. Die Wahlzeit der erstmalig nach dem neuen Gesetz gewählten Vertreter endigt mit dem Schlusse des Jahres 1931. Bis zu diesem Jahre bleiben auch die Vertreter im Amte, die in der Zeit vom 1. Januar 1925 bis zur Einführung des neuen Gesetzes gewählt worden sind, obgleich deren Amtsbauer nach dem heutigen Recht schon vor dem Jahre 1931 beendet wäre.

Im Jahre 1932 würden dann restlos sämtliche in der Arbeiter- und Angestelltenversicherung ehrenamtlich tätigen Personen neu zu wählen sein.

Man kann über die Zweckmäßigkeit und auch die Wirkung, die dieses neue Gesetz ausüben wird, geteilter Meinung sein. Eins steht allerdings fest, daß durch die Neuerung das Interesse der Versicherten wieder mehr auf das so überaus wichtige Gebiet der Sozialversicherung gelenkt werden wird. Es ist leider eine nicht zu leugnende Tatsache, daß im allgemeinen eine sogenannte Maßnahmlosigkeit eingetreten ist, die sich ja auch in dem meist so überaus schlechten Besuch der Versammlungen usw. zeigt. Gerade die Wahlen für die Organe der Versicherungsträger, namentlich der Krankenkassen, sind von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Es kommt sehr viel auf die Frauen und Männer an, die im Vorstand und Ausschuss der Versicherungsträger sitzen. Ihnen steht nicht nur die Auslegung der bestehenden gesetzlichen Vorschriften zu, sie haben auch die Sägungen der Versicherungsrichter aufzubereiten und haben dadurch einen sehr großen Einfluß auf die Leistungs- und Lebensfähigkeit der Versicherungsträger. Die Zahl der auf die Versicherten und Arbeitgeber entfallenden Vertreter richtet sich, wie ja wohl allgemein bekannt sein wird, nach der Aufbringung der Mittel. So ist in der Krankenversicherung die Dreiteilung eingeführt (zwei Drittel Arbeitnehmervertreter und ein Drittel Arbeitgebervertreter), bei der Invalidenversicherung bestehen die Organe je zur Hälfte aus Arbeitgebern und Versicherten, während bei der Unfallversicherung die Arbeitnehmer fast gar keinen Einfluß haben. Durch diesen verschiedenen Einfluß der Arbeitnehmer ist auch die Leistungsfähigkeit der Versicherungsträger bedingt. Es braucht wohl an dieser Stelle nicht darauf hingewiesen zu werden, daß die Krankenkassen, in denen die Versicherten vorherrschen, die leistungsfähigsten Einrichtungen unserer Sozialversicherung sind.

Die Wahlen zur Arbeiter- und Angestelltenversicherung verlaufen bisher nach dem alten Gesetz in aller und der größten Ruhe. Die Öffentlichkeit merkte fast gar nichts davon. Die Wahlbeteiligung ließ deshalb oft mehr als zu wünschen übrig. Ein großer Nachteil des Gesetzentwurfs, welcher wohl bald zur Beratung kommen wird, liegt in der Zusammenlegung aller Wahlen in ein Jahr. Durch diese Zusammenlegung wird die Öffentlichkeit mehr als bisher auf die Wahlen aufmerksam. Es besteht dadurch die Gefahr, daß die kommenden Wahlen in das politische Fahrwasser geleitet werden, was natürlich unstreitbar seine Nachteile hat. Bisher war bei den Wahlen von Politik überhaupt nichts zu spüren. In den meisten Fällen war es so, daß überhaupt nur eine Liste eingereicht wurde, und daß aus diesem Grunde gar keine Wahl stattfand. Es besteht die Gefahr, und diese darf nicht unterschätzt werden, daß im sozialen „Wahljahr“ die „goldenen“ und „rechtsstehenden“ Arbeiter- und Angestelltenvereine die größten Anstrengungen machen werden, um mehr „Stimmen“ zu gewinnen. Es ist deshalb Pflicht aller auf freigewerkschaftlichem Boden stehenden Arbeitnehmer, ebenfalls mit verdoppeltem Eifer ihre Stellungen in der Arbeiter- und Angestelltenversicherung nicht nur zu behaupten, sondern auch zu erweitern. **kl.,**

Korrespondenzen

Augsburg. Den Auftakt zu einer Reihe von Veranstaltungen gab eine Mitgliederversammlung am Donnerstag, dem 1. Juli. Unser Delegierter Kollege Stier erstattete seinen Bericht über den Verlauf des Verbandstages. Das Hauptfachstück hatte der „Korr.“ schon geschrieben. Redner rühmte insbesondere die Gastfreundschaft der Berliner Kollegen. — Am Sonnabend beging der Bildungsverband (Grafischer Klub) sein 25. Jahrestag. Viele Gäste, Prinzipale, Faktoren, Stadtvertretung und eine ansehnliche Zahl Kollegen hatten sich eingefunden. Die Festrede hielt Kollege Fischer (Münch.). Musikalische und gesangliche Darbietungen umrahmten das Ganze. Der Festakt am Sonntag anlässlich des 60jährigen Bestehens unseres Verbandes war eine Buchdruckerfeier im wahren Sinne des Wortes. Kollege Stier begrüßte die erschienenen Kollegen, darunter die Brüder vom Stein, die Vertreter der Hilfsarbeiter, Buchbinder und des ADGB. Der Sängerkhor „Typographia“ unter seinem Chormeister Herrn Hauptlehrer Steiber und ein Musikquartett boten Harmonisches in vollendeter Güte. Gauverwalter Kollege Strauß hatte die Festrede übernommen, ein betagter Kollege, jedoch mit einem Feuer, das alles mitrüb. Er schilderte den schwierigen Aufstieg unseres Verbandes, die Männer, die ihn gefördert und auch die Ursachen, die ihn so tief gesunken und doch so rasch wieder in die Höhe führten. Das Hoch auf den Verband ging unter in einem Sturm der Begeisterung. Anerkennungswort aber ist, daß sich an dieser Festlichkeit eine große Anzahl Kollegen, besonders aber die Jungen, beteiligt hatte. Der Nachmittag sollte die Kollegen im schattigen Paradiesgarten in Lechhausen zum Johannistag vereinen, doch es hat nicht sollen sein. Ein ausgiebiger Platzregen zwang die Gäste, es sich in Saale bequem zu machen. Gutes Bier, etwas für des Leibes Abzug, Kinderbesichtigung, Konzert, Gesang und Tanz hielten die Kollegen noch lange zusammen.

Bamberg. Am 19. und 20. Juni fand in Kronach unsere Bezirksversammlung statt, verbunden mit 60jährigem Verbandstjubäum, 15jährigem Stiftungsfest des Ortsvereins Kronach und Johannistag. Am Sonnabendabend wurde im engen Buchdruckerkreis ein Kommerz veranstaltet. Die „Typographia“ (Bamberg) verhielt den Abend. Sonntagvormittag fand die gutbesuchte Bezirksversammlung statt. Stellvertretender Bezirksvorsitzender Kollege Meis eröffnete dieselbe

und begrüßte die zahlreich Erschienenen. Kollege Meis betonte in seinem Referat über „Wirtschaftsnot und Gewerkschaften“, daß wir die Krise in Permanenz hätten und alles tun müßten, um das bisher Erreichte zu erhalten. Er erntete für seine interessanten, sachlichen Ausführungen reichen Beifall. Die Berichtserstattung aus den einzelnen Druckorten war eine gute zu nennen. Die nächste Bezirksversammlung findet in Bamberg statt. Auch 22 Bezirksvereine nahmen an der Versammlung teil. Mit einem „Hoch“ auf den Verband schloß Kollege Meis die glänzend verlaufene Bezirksversammlung. — Nachmittags fand die Johannistagfeier auf der Wette Kronach statt. Dieselbe nahm einen guten Verlauf, und die schönen Stunden werden jedem in Erinnerung bleiben. Abends wurden die auswärtigen Kollegen mit Musik zur Bahn begleitet.

Braunschweig. In unserer Ortsversammlung am Sonnabend, dem 10. Juli, erstattete Kollege K e u t z e r Bericht über den Verlauf des Verbandstages und der Jubiläumfeier unseres Verbandes. In ershöpfenden Ausführungen ergänzte er die in der Hauptsache schon durch den „Korrespondent“ bekannt gewordenen Verhandlungsergebnisse, nebenbei auch die gute und fürfernde Aufnahme durch die Berliner Kollegen. Am Schlusse seines Berichts konnte der Redner den Dank der leider nur sehr schwach besuchten Versammlung entgegennehmen. Wenn in der sich anschließenden Aussprache auch mancher Beschluß einer Kritik unterzogen oder dieser oder jener Antrag als zu nebensächlich behandelt bezeichnet wurde (Industrieverband, Maifeier, Maternaaustausch usw.), so war doch im allgemeinen das Einverständnis mit dem Verbandstagsbeschlüssen vorherrschend.

Breslau. Nach Ergrüfung eines Berichts über den Verlauf am 30. Juni stattfindenden Mitgliederversammlung und die Kandidaten zur Gewerkschaftswahl aufgestellt und Johann der Bericht über die Generalfammlung gegeben. Kollege S p o r n sprach über den Bericht des Verbandsvorstandes, das Verbandsaus und die materiellen Punkte der Tagung, während Kollege B i r n b a c h über den Industrieverband und andere ideale Beratungen referierte. Beide Redner sprachen sich anerkennend über das Verbandsaus sowohl als auch über den besichtigten Großbetrieb von Mitten aus, wenn auch bei ersterem der Etat als etwas reichlich überschritten kritisiert wurde. Die Versammlung fand für die gefassten Beschlüsse volles Verständnis, nur ein Redner bezeichnete die Invalidenunterstützung als zu gering. Bemängelt wurde, daß der Jahresbericht noch nicht in unsere Hände ist. Unter „Verschiedenem“ teilte noch der Gauassessor mit, daß sich der Gauverband bereit erklärt habe, neben der vom Verbandstag beschlossenen Unterstützung an Ausgewählte und Nichtbezugsberechtignte auch seinerseits die von ihm schon vorher beschlossene Unterstützung an diese zu gestalten.

Darmstadt. Unsere Bezirksversammlung am 3. Juli hatte, gemessen an der Beteiligung der Jubiläumfeier in Mainz, leider einen schwachen Besuch aufzuweisen. Nach einigen internen Mitteilungen gab der Bezirksvorsitzende von Wiesbaden, Kollege S c h ä f e r, den Bericht über den Verbandstag. Er verstand es treffend, den Aufgabenkreis unseres höchsten Parlaments, darzustellen und die neuen Pflichten und Beschläge zu erläutern. Die Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen, was sich auch in der darauffolgenden Diskussion zeigte. Mit einer Ausnahme äußerten sich im allgemeinen die Diskussionsredner im Sinne des Berichtserstatters. Vier Neuannahmen wurden getätigt. Der Spartenvorsitzende der Drucker, Kollege B r a u n, wies auf die 60jährige Jubiläumfeier der heiligen Druckervereingung hin. Auch können wir im Laufe dieses Monats die Wimpelweihe unserer Jungbuchdrucker begehen.

Duisburg. Am 4. Juli in Oberhausen abgehaltene dritte Bezirksversammlung hatte schwachen Besuch aufzuweisen. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete der Bericht vom 13. ordentlichen Verbandstag, den der Vorsitzende, Kollege S c h u m a c h e r s, in vorzüglicher Weise gab. In der anschließenden Diskussion wurde die Aufhebung des Hamburger Beschlusses betreffs Faktorenbestimmung bemängelt, im übrigen aber der Tätigkeit des Verbandstages und des Verbandsvorstandes einmütig Dank und Anerkennung gezollt. — Die internen bezirkslichen Angelegenheiten fanden unter „Geschäftliches“ ihre sachliche Erledigung. Um eine bessere Fundierung der Bezirksstelle herbeizuführen, wurde der Bezirksbeitrag von 5 auf 10 Pf. erhöht.

Duisburg. (M a s c h i n e n s e t z e r.) Die Bezirksversammlung am 27. Juni hatte leider nicht den Besuch aufzuweisen, den man in Anbetracht der wichtigen Tagesordnung hätte erwarten können. Auch die Kollegen des Bezirks Krefeld, welche zu dieser Versammlung eingeladen waren, hatten einige Tage vorher abgeschrieben. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten gab Kollege Z i m m e r m a n n einen ausführlichen Bericht vom Maschinensetzertongress. In der sich anschließenden Debatte wurde die geleistete Arbeit der Delegierten anerkannt. Eine längere Aussprache fand dann noch über die Maschinensetzerschulen, Sonntagsarbeit und elektrische Beheizung statt.

Eisenberg i. Thür. Die Versammlung am 3. Juli nahm den Bericht der Ortsvereinskasse entgegen. Interessant war die Feststellung, daß im Berichtsjahr außer Städtchen von 38 reisenden Buchdruckern berichtet worden ist, die auf der Tour Gera—Jena—Weimar oder umgekehrt „tippten“. Aus der Ortsvereinskasse bekam jeder Kollege 50 Pf., dazu noch das Geschenk vom Ortsausflug Eisenberg des ADGB, in derselben Höhe. (Wegen dieser Mark lohnt sich schon ein Abstecher nach Eisenberg.) Von Interesse waren auch die Ziffern der Verbandskasse. Es gab Monate, wo die Ausgaben durch Arbeitslosigkeit, Krankheitsstage usw. die Einnahmen überstiegen, so daß an den Gau nichts abgeandt werden konnte, was lange nicht zu verzeihen war. — Des weiteren beschäftigte sich die Versammlung mit den Beschlüssen des 13. Verbandstages. Mit Befriedigung wurde die Erhöhung der Invalidenunterstützung hingenommen, was ja auch unser Antrag 126 bewerkte; desgleichen wurde die Erhöhung der übrigen Unterstützungssätze begrüßt. Stolz sind auch die Kollegen in der Provinz auf den eindrucksvollen Bau in der Dreibundstraße zu Berlin. Gern haben

die Kollegen die 20 Pf. wöchentlich geopfert, haben sie doch so mit beigetragen zu den gewaltigen Kosten. Eine spätere Generation wird dies hoffentlich zu würdigen wissen. Von einer mündlichen Berichtserstattung durch den Bezirksvorsitzenden wurde infolge der ausführlichen Schreibweise des „Korr.“ Abstand genommen. — Von der „Blitzergölde“ erwarten die Kollegen bessere geistige Kost: es gibt Bücher, die nicht den Erwartungen der Kollegen entsprechen. — Das 60 jährige Bestehen des Vereins in würdiger Weise. Nach den Begrüßungsworten des Vorsitzenden, Kollegen Steingrüber, erklang ein dem Verbands gewidmetes Festlied. Der ausgedehnte Prolog des Kollegen W a d e r b a h n e n (Wöhner), gesprochen in vorzüglicher Weise vom Kollegen P l a t h übte seine Wirkung auf die Anwesenden aus. Ebenso das Zeugnis des Jungbuchdrucker (vorgelesen vom Lesring Schmittinger). In der Festansprache des Vorsitzenden spiegelte sich Entzücken und Werdegang des Verbandes von der Gründung bis zur Jetztzeit. Den alten Buchdrucker Veteranen Palm und Schlegel am Orte dankte der Vorsitzende in warmen Worten. — Ein Bescheid des Ortsausschusses Eisenberg übermittelte die Glückwünsche zum Verbandsjubiläum. Ebenso ließ es sich der von der Weiterentwicklung gewählter Bürgermeister T h e l i e d nicht nehmen, einige Minuten bei den Buchdruckern zu verweilen und so denselben seine Sympathie kundzutun und herzliche Glückwünsche zu überbringen. Festlieder (auch solche humorvollen Inhalts) wechselten mit Musikvorträgen und hoben die Stimmung, die noch ausgelassener wurde, als junge Kollegen „eblen Gerstenjaht“ unermüdet freizubeten. Der wiesperliche Buchdruckerhumor gab dem Feste das rechte Gepräge. Ein so schönes Fest ist lange nicht gefeiert worden.

Eisberfeld. (M a s c h i n e n s e h e r.) In der gut besuchten Julierversammlung der Maschinenseher des Bezirks Barmen-Eisberfeld wurde vor Eintritt in die Tagesordnung das Andenken dreier verstorbenen Kollegen: Bahus (Solingen), Wandel (Remscheid) und Immerborn (Eisberfeld) in der üblichen Weise geehrt. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete der Bericht über den 5. Deutschen Maschinenseherkongress in Berlin durch den Vorsitzenden Kollegen K l i n n e h. Im Anschluß an den Bericht wurde nach kurzer Aussprache eine Resolution angenommen, in der sich die Versammlung des Bezirks Barmen-Eisberfeld entschieden gegen das Ausbleiben der Maschinenseher in den Schulen ausspricht. Die Versammlung erkennt die Maschinenseher Schulen nur insoweit an, als sie für die Weiterbildung der Maschinenseher dienen. Der Vorsitzende gab dann noch bekannt, daß die Feier des 25jährigen Bestehens der Maschinensehervereinigung, Bezirk Barmen-Eisberfeld, am Sonnabend, dem 18. September, stattfinden werde.

Bezirk Elmshorn. Unter zahlreicher Beteiligung der Kollegen aus Elmshorn, Tschöbe, Finneberg, Glückstadt, Itzeren, Kellinghusen und Altrahstfeld tagte am Sonntag, dem 11. Juli, die Bezirksversammlung in Elmshorn. Die Versammlung wurde mit begründeten Worten durch Kollegen P o l s t e r eröffnet. Kollege L o r e n z e n (Kiel) erstattete den Bericht vom Verbandstag. Ausgehend vom 60jährigen Verbandsjubiläum, dem impotanten Werte des Verbandshauses und der erhabenden Begrüßungsfeier im Großen Schauspielhaus durch die Berliner Kollegen, ging der Referent zu den Fragen des Verbandstages über. Er verstand es, sehr patend den Kollegen die bereits im „Korr.“ ausführlich behandelten Punkte der Tagesordnung vor Augen zu führen. In der anschließenden Diskussion nahm eine größere Anzahl Kollegen das Wort. Die sachlich und sehr anregend wirkenden Ausführungen der Kollegen behandelten insbesondere Tarife, Sparten, Lehrlings- und Bildungsfragen. Eine Entschließung an die Gewerkschaftsleitungen, in welcher die Tarifpolitik und Arbeitslosigkeit behandelt und Maßnahmen der Aktivierung der Gewerkschaften gefordert wurde, fand einstimmige Annahme. In der Entschließung wird ferner verlangt, Unterstützung des englischen Bergarbeiterkampfes, Förderung des Industrieverbandes Bergarbeiters und gemeinsames Kampfsprogramm der internationalen Gewerkschaftsbünde. Das Vorgehen der Unternehmer gegen die Arbeitsbedingungen wurde scharf verurteilt. Im Schlußwort behandelte Kollege Lorenzen die noch weiter zahlreich diskutierten Probleme über innere und äußere Fragen des Verbandes und der Gewerkschaften. Die Anregungen des Kollegen Lorenzen fanden allgemeine Zustimmung. Kollege P o l s t e r dankte im Namen der Versammlung dem Referenten für sein inhaltsreiches Referat. Unter Punkt „Verschiedenes“ wurden noch interne Angelegenheiten besprochen. Mit dem Wunsche, daß das Ortsvereinsleben sich im Bezirk Elmshorn bis zur nächsten Bezirksversammlung in Tschöbe weiter gut entwickeln möge, schloß Kollege P o l s t e r die gut verlaufene Bezirksversammlung.

Groißh. Am 12. Juni feierte der Ortsverein Groißh-Begau-Zwentau sein 25 jähriges St i t t u n g s f e s t. Aus diesem Anlaß hatte sich eine große Anzahl hiesiger und auswärtiger Kollegen mit ihren Angehörigen eingefunden. Nach einigen instrumentalen und gesanglichen Darbietungen, ausgeführt von der Kaufmannschen Kapelle und der „Freien Sängerschaft“, beide in Groißh, begrüßte der Vorsitzende des Jubiläumsvereins, Kollege K a r l W e n e r, die Anwesenden und wünschte ihnen recht angenehme Stunden. Besonders begrüßte er auch die beiden Chefs der Firma G. Reichardt und dankte ihnen für die kostenlose Herstellung der Druckfäden. Ferner gab er noch die eingegangenen Glückwunschkarten von auswärtigen Kollegen und Vereinen bekannt. Außerdem wurden dem Ortsverein zwei Geschenke in Gestalt eines Bildes vom Ortsverein Borna und eines 2 1/2 Liter-Stiefels vom Ortsverein Ludau-Mußelwitz überreicht. Als Festredner war der Vorsitzende des Gau's Erzgebirge-Bohlend, Kollege D e r t e l (Chemnitz), erschienen. Er sprach über die Entwicklung des Ortsvereins und gedachte in bewegten Worten der im Kriege geliebten Kollegen. Dann verlas er die Namen der Jubilare und beglückwünschte sie. Mit der Ermahnung zur weiteren Arbeit zum Wohle des Verbandes und einem dreifachen Hoch auf denselben schloß er seine Rede, für die ihm lebhafter Beifall gezollt wurde. Mit Tan, Preisquadrätern und froher Unterhaltung blieben die Festteilnehmer bis spät in die Nacht hinein beisammen, und es ist anzunehmen, daß alle mit dem Bewußt-

sein, einen frohen und genussreichen Abend erlebt zu haben, nach Hause gegangen sind.

Halle a. d. S. In der Ortsversammlung am 5. Juli erstattete unser Vorsitzender W e l e p p den Bericht vom Verbandstag in Berlin. Obwohl der „Korr.“ schon ausführlich berichtet, interessierten die persönlichen Eindrücke doch die uns noch vermittelte wurden. Daß die dort gefassten Beschlüsse bei den Mitgliedern Verständnis gefunden haben, ist darin zu erblicken, daß sich in der Diskussion niemand zum Worte meldete. Nur ein Antrag war eingegangen, gemeinsam das Verbandshaus zu besichtigen und zu diesem Zwecke eine Sparte zu gründen. Kein Wunder, hatte unser Vorsitzender dasselbe doch so schön geschildert, daß jeder, der es gesehen, dort arbeiten möchte. Da von Leipzig aus bereits im August ein Extrazug zu verbilligtem Fahrpreis nach Berlin geplant ist, dürfte sich für Halle bei genügender Beteiligung Anschluß in Bitterfeld bieten.

Hof. (B e z i r k s v e r e i n.) Am 27. Juni fand unter Beteiligung der Bezirksvereine Wapreuth und Marktreuditz im „Städtischen Schützenhaus“ eine von 130 Kollegen besetzte Versammlung statt. Nach Eröffnung der Versammlung referierte Gauverwalter Kollege S t r a u ß (München) an Stelle des erkrankten Kollegen Hemmerich über „60 Jahre Buchdruckerverband“, fand mit seinen gutbuchdrucker Ausführungen aufmerksame Zuhörer und erntete lebhaften Beifall. In sachlicher Aussprache führte der zweite Punkt der Tagesordnung: „Organisatorische Fragen der Orte bzw. Bezirke.“ — Am Nachmittag fanden sich die Kollegen mit Angehörigen sehr zahlreich zur Feier des 60jährigen Bestehens des Verbandes ein. Kollege S t r a u ß (München) hielt die Festrede und fand reichlichen Beifall. Musikvorträge des Stadtmusikers, Männer-, Frauen- und gemischte Chöre des Arbeitergesangvereins „Union“ (Hof) und Preisquadrätern sorgten für gute Unterhaltung. Zu schnell verriechen die Stunden des Beisammenseins und bald mußte ein Teil der auswärtigen Kollegen aufbrechen, um in verschiedenen Richtungen wieder der Heimat zuzueilen.

Kaiserslautern. (M a s c h i n e n s e h e r.) In unserer am 4. Juli für die Bezirke Neustadt a. d. S. und Kaiserslautern abgehaltenen Quartalsversammlung waren 24 Kollegen anwesend. Der Gauvorsitzende Kollege D u n t e l (Mannheim) eröffnete mit Begrüßung der erschienenen Kollegen die Versammlung und brachte zum Ausdruck, daß in Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung der Besuch der Versammlung ein noch besserer hätte sein können. Nach Erledigung: „Geschäftliches und Situationsberichte“ gab Kollege D u n t e l seinen Bericht über den 5. Deutschen Maschinenseherkongress in Berlin. In sachlicher, aber auch in manchen Punkten scharf kritisierender Weise entlegte sich der Redner seiner Aufgabe und wurde ihm am Schluß seines Berichtes von Seiten der Kollegen der gebührende Beifall gezollt.

Karlsruhe. Die M i t g l i e d e r v e r s a m m l u n g am 3. Juli erfreute sich eines guten Besuches und hatte eine reichhaltige Tagesordnung. Unter „Mittellungen“ wurde besonders das Verhalten eines katholischen Arbeitgebers geahndelt, für seinen Lehrlingen die Zugehörigkeit zur Lehrlingsabteilung unterlagte. Der Bericht des Kollegen M a i e r über den Verbandstag fand allgemeine Zustimmung. Redner erwähnte vor allem die eintrachtvolle Feier des 60jährigen Gründungsfestes des Verbandes im Großen Schauspielhaus. Die Arbeiten, die der Verbandstag zu erledigen hatte, waren sehr umfangreich, doch der Wille der Delegierten, ihr Bestes zum Wohle der Kollegen einzusetzen, hat auch hier zum Ziele geführt. Reicher Beifall besahnte den Redner für seine trefflichen Ausführungen. In Anbetracht der vorgezogenen Stunde wurde von einer Diskussion abgesehen. Der Wunsch, den Ortsbeitrag zu erhöhen, um den durchreisenden Kollegen ein größeres Ortsgeheim geben zu können, das Umschaufen jedoch zu unterlassen, veranlaßte den Vorstand zu dem Vorschlag, den Beitrag für diesen Zweck pro Woche um 10 Pf. zu erhöhen. Dieser Vorschlag wurde einstimmig angenommen. Nachdem der Vorsitzende die Kollegen aufgefordert hatte, sich zahlreich an der Feier des 60jährigen Verbandsjubiläums des Bezirks Karlsruhe in Bruchsal zu beteiligen, fand die Versammlung ihr Ende.

Röln a. Rh. In der Bezirksversammlung am 5. Juli machte Kollege J a n e n eine Mitteilung von dem traurigen Ende (Angststurz) eines jungen Kollegen, Fabel, zu dessen Ehren sich die Versammlung von den Sigen erhob. Nach Erledigung des geschäftlichen Teiles folgte die Berichtserstattung unseres Delegierten, Bezirksvorsitzenden J a n e n, über unsere Generalversammlung in Berlin. In seinem Vortrage berührte er alle in Berlin zur Sprache gekommenen Verhandlungsgegenstände, den Werdegang unseres Verbandes seit der letzten Generalversammlung in Hamburg bis zum heutigen Tage schildern. Wenngleich nicht alle Wünsche, die man auf die diesmalige Tagung gesetzt hatte, in Erfüllung gegangen seien, so sei man doch einen guten Schritt vorangekommen. Reicher Beifall lohnte den Redner für seine vortrefflichen Ausführungen. In der Diskussion wurde bedauert, daß der Verbandsausbau den Vorschlag erheblich überdritten habe. Hier scheint doch der Vorschlag nicht genügend vorbereitet gewesen zu sein. Nach Nichtigstellung durch den Kollegen J a n e n war man allgemein der Ansicht, daß etwas Außerordentliches geschaffen worden sei, worauf unsere Organisation stolz sein könne. Kollege P e l z e r bedauerte, daß für die Handseherpartie auf der Generalversammlung nicht genügend Verständnis gezeigt worden sei. Anträge zum bevorstehenden Gantag lagen nicht vor, können aber noch beim Bezirksvorstand schriftlich eingereicht werden.

Langensaga. Am 10. und 11. Juli feierten wir das 60 jährige Bestehen unseres Ortsvereins unter Beteiligung zahlreicher Gäste aus fast allen Bezirken des Gau's Thüringen und der gesamten hiesigen Kollegen-schaft. Auch Prinzipale waren unserer Einladung gefolgt. Am Eingang des Festlokals „Schützenhaus“ leuchtete ein reiches Transparent den Ankommenden entgegen. Die Jubiläumsfeier wurde eingeleitet durch einen Kommerz, dessen gediegene Programm aus Konzettvorträgen, vorzüglichen Darbietungen des „Gutenberg-Quartetts“ (Erfurt) und des hiesigen Gesangvereins, „Typographia“ sowie humoristischen Vorträgen des Kollegen W e n i g e r (Naumburg) bestand. Nach einem stimmungsvollen, von Fräulein

S o l z h e y gesprochenen Prolog hieß Kollege R e b e n e als Vorsitzender sämtliche Erschienenen herzlich willkommen. Hierauf sprach ein Vertreter der Stadt, die eine Jubiläums-gabe spendete, namens der städtischen Behörden. Das sich sodann abwickelnde Programm wurde allen Anforderungen in hohem Maße gerecht. Besonders Hervorhebung verdienen die „Subidigung Gutenbergs“ und ein von 16 Damen getragener Ballettreigen, eingeleitet vom Kollegen S i n g l i n g. Namens der Damen des Ortsvereins überreichte Frau R e b e n e mit schlichten, aber desto herzlicheren Worten dem jubelnden Verein ein geschmackvoll ausgeführtes Tischbanner. In echt kollegialer Fröhlichkeit verfloßen die Stunden nur allzu schnell. Am Sonntagmorgen vereinte eine Festversammlung sämtliche Teilnehmer unserer Jubiläumsfeier. Bis auf den letzten Platz war der große Saal des „Schützenhauses“ besetzt. Ein Prolog, wirksam gesprochen vom Kollegen G r o ß und eine warmempfundene Begrüßungsansprache des Kollegen R e b e n e leiteten über zu dem eigentlichen Festakt. Die mit innerer Begeisterung und tonhöflich von der „Typographia“ vorgelegene Verbands hymne von Schweigert-Kraft bildete den rechten Reizpunkt für die jubelnde Festrede des Vorstandes des Verbandsvorstandes, des Kollegen K a r l H e l m h o l z (Berlin), die stürmischen Beifall auslöste. Noch lange werden die Schlussworte unfres früheren, in bester Erinnerung stehenden Gauvorsitzers bei allen Hörern nachklingen: „Es gilt hinauszugehen über das Erreichte, hinauszugehen über das Ertrungene! Es gilt vor jedem erkrifteten Punkt weiterzuwollen und weiterzusehen und immer aufs neue Wege zu finden hochauf zu immer freieren Höhen!“ Unmittelbar an die Festrede schlossen sich die Begrüßungsansprachen namens des Gauverbandes durch Kollegen W i s l a u g (Weimar) und namens der vertretenen Bezirke durch Kollegen S t a n g e (Erfurt). Behärrer überreichte eine schöne Tischglocke als Angebinde. Die Reize der Gratulanten und Geschenkbringer war damit noch lange nicht abgeschlossen, aber es würde zu weit führen, hier alle Namen zu nennen. Das gilt auch von den vielen telegraphischen und schriftlichen Beglückwünsungen, die uns zuzugingen. Zusammenfassend aber sei gesagt, daß der Festakt alle Teilnehmer mächtig ergriff und sie aufs neue für den Organisationsgedanken begeisterte. Im Anschluß an die Morgenfeier erfolgte die Eröffnung einer reich besetzten Druckausstellung, tadellos arrangiert unter Leitung des Kollegen Bergig, die auch viel des Interessanten aus unfres alten Druckstadt darbot und während des ganzen Tages starken Besuch aufzuweisen hatte. Am Nachmittag konzertierte die gesamte Stadtkapelle im Fest-lokal, und zwischen durch sorgten allerlei Befestigungen für die nötige Abwechslung. Ein Festball bildete den Abschluß des in allen Teilen harmonisch verlaufenen Ehrentages unfres Ortsvereins. Allen, die sich darum bemühten, sei an dieser Stelle herzlich gedankt, ganz besonders den Vereinsführer der Festfeier, auch den Herren Prinzipalen, die uns bei der Druckausstellung Entgegenkommen bewiesen und noch in anderer Beziehung Verständnis für gewisse Notwendigkeiten zur Hebung der Stimmung bekundeten. Glückauf zur Fahrt ins siebente Jahrzehnt!

Wienitz. Unser Ortsverein hielt am 2. Juli eine a u ß e r o r d e n t l i c h e G e n e r a l v e r s a m m l u n g ab, die verhältnismäßig guten Besuch aufwies. Nach Erledigung üblicher Punkte erfolgte die Wiederaufnahme eines Kollegen. Kollege B ö h m erstattete den Kartellbericht, dem bezüglich der Stützungsaktion des hiesigen Volkshauses eine umfangreiche Aussprache folgte. Im Mittelpunkt des Abends stand der Vortrag des Bezirksvorsitzenden Emil S c h o l z über den Verbandstag in Berlin. Er gab in seinen Ausführungen einen Umriß über die hauptsächlichsten Beratungsgegenstände und ihre Behandlung durch den Verbandstag. Er verfehlte auch nicht, die kollegialen Veranstaltungen anlässlich des Jubiläums des Verbandes einer Würdigung zu unterziehen und erntete am Schluß des Berichtes reichen Beifall. In der Aussprache unterzog man die neugeglossenen Unterstützungsliste einer herben Kritik. Erst nach 12 Uhr war die anregend verlaufene Versammlung beendet.

Magdeburg. (Drucker — Kreistagung.) Am 3. und 4. Juli fand unsere Kreistagung in Magdeburg statt. Vertreten waren außer Magdeburg die Orte Wülfersleben, Halberstadt, Burg, Köthen und Stendal sowie Vertreter vom Ortsvereinsvorstand Magdeburg. Nach kurzer Erledigung des „Geschäftlichen“ erstattete der Vorsitzende Kollege F r i t z M i l l e r (Magdeburg) den Bericht vom 8. Deutschen Druckerkongress. In seinen Ausführungen widmete er sich ganz besonders der Arbeitslosenfrage unter den Druckern, die durch das Bedienen von mehreren Maschinen hervorgerufen, die volle Wachsamkeit der Sparte erfordert. Anschließend an diesen Bericht referierte Kollege K ö p p e (Halle) über das Thema: „Was muß der Drucker von seinen Farben wissen“. In seinem Vortrag gab der Referent einen Einblick in die Zusammenhänge der Farben. Reicher Beifall besahnte die Ausführungen. Darauf erfolgte die Besichtigung der reichhaltigen Druckausstellung, welche nur Musterbrude in erstklassiger Ausführung brachte, die bei den Teilnehmern großes Interesse hervorriefen. — Der Versammlung folgte ein gemächliches Beisammensein nach Buchdruckerbrauch. — Am Sonntagvormittag erledigte eine Vorstandskonferenz organisatorische und agitatorische Fragen, um die Druckerpartie in den kleinsten Orten wieder aufleben zu lassen. Eine wertvolle Besichtigung der Rißsche-fabrik Böhme & Co., Magdeburg, beschloß die Tagung. Jeder Teilnehmer wird diese Besichtigung zur Vervollkommnung des technischen Wissens begrüßt haben. — Den Nachmittagskommers verfehlte der „Grafische Gesangverein Magdeburg“ bis in die späten Abendstunden.

Mainz. (Drucker — Vierteljahrsbericht.) In der Versammlung am 24. April sprach Kollege G ü n t h e r aus Frankfurt a. M. über das Thema: „Ein Vierteljahrhundert Anlageapparat“. Redner machte über die Entwicklung des Anlageapparates und der verfehlenden Systeme, im ganzen 7 Sauger und 6 Streicher, zu welchen er die entsprechenden Abbildungen zurillustrierte ließ, interessante Ausführungen, denen die Versammlung aufmerksam folgte. Weiter wurde unter „Technischem“ eine Anfrage über

die Behandlung einer Zeitungsautotypie von Mitgliedern der Technischen Kommission beantwortet. Über den Bruderstag in Frankfurt a. M. wurde von den dort anwesenden Vorstandsvorsitzenden berichtet; über den Zweck und den Wert dieser Tagungen in der Diskussion die Meinungen stark auseinander. Zum Schluß der Versammlung dankte der Vorsitzende dem Kollegen Günther für sein vorzügliches Referat und gab bekannt, daß zur Pflege der Kollegialität im Sommerhalbjahr häufiger gesellige Zusammenkünfte stattfinden sollen.

München. (Korrektoren.) In der Versammlung am 3. Juli erlaskte der zum Korrektorentag abgeordnete Vorsitzende Blasen drei eingehende Berichte über die auf dieser Tagung gefassten Beschlüsse; von den ebenfalls am Korrektorentag teilnehmenden Verbandstagsdelegierten Th. Gruber und Kreß wurden dessen Ausführungen in einigen Punkten noch ergänzt. Die Versammlung war mit dem durch den Korrektorentag Geschehenen im großen ganzen einverstanden; sie ermahnt von der Zentral-Kommission, daß sie mit aller Kraft für die organisatorischen und tariflichen Beschlüsse eintritt und alles unternimmt, was zur Durchführung der Kollegen notwendig ist. Einige Maßnahmen wurden zustimmend erledigt und von verschiedenen Eingängen Kenntnis genommen.

Münster i. W. In der zweiten Bezirksversammlung fand am 4. Juli in Burgsteinfurt statt, mit der ein gemeinsamer Ausflug durch das Bagno verbunden war. Nach einem gut gelungenen Chor der „Typographia“ (Münster) eröffnete Vorsitzender Meißner die sehr gut besuchte Versammlung. Er gedachte des verstorbenen Kollegen Schwabe (Dümen); die Versammlung ehrte das Andenken des Verstorbenen in der üblichen Weise. Sodann gab Kassierer Walke den Kassenbericht. Darauf referierte Vorsitzender Meißner über den Verbandstag in Berlin. Durch die eingehende lebhafteste Diskussion konnte der Referent noch verschiedene Punkte eingehend erläutern und aufklären. Zum bevorstehenden Gautage wurden nachfolgende Anträge gestellt: 1. Die Gautage sollen in Zukunft analog des Verbandstages alle drei Jahre stattfinden; 2. die Delegiertenzahl zum Gautag ist zu verringern. Aufgestellt als Kandidaten zum Gautag wurden neun Kollegen. Als Geldbewilligungen stand an erster Stelle ein Zuschuß für die Lehrlingsabteilung zur Fahrt nach der Gesell., ferner Unterstützung zweier bedürftiger Kollegen und Überweisung von 100 M. an den Gesangverein „Typographia“. Mit einem Hoch auf den Verband endete die anregend verlaufene Versammlung. — Lange noch blieben die Bezirkskollegen gemüßlich beisammen, wobei der Gesangverein „Typographia“ wiederum Proben seines Könnens ablegte.

Stuttgart. In der Versammlung am 30. Juni wurde der Bericht vom Berliner Verbandstag erstattet. In die Berichtserstattung teilten sich die Kollegen Keller und Schröder. Der erste, als Sprecher für die idealen Anträge, behandelte die diesbezüglichen Punkte in eingehender Weise, jeweils die Gründe für den Standpunkt des Verbandstages darlegend. Der Jubiläumsakt zum 50jährigen Bestehen am Vortage des Verbandstages werde allen Delegierten eine angenehme Erinnerung bleiben. „Aberkennlich fand besonders auch die Gastfreundschaft der Berliner Kollegen.“ Wenn so mächtig Wunsch erfüllt bleibe, habe doch der Verbandstag durch seine Geslossenheit und Einigkeit der Gesamtkollegen ein gutes Bild gegeben. Das materielle Gebiet behandelte Kollege Schröder. Die vielen, weit über das erträgliche Maß hinausgehenden Unterstützungsanträge zu berücksichtigen, sei unmöglich gewesen. Das Bestreben des Verbandstages mußte vielmehr darauf gerichtet sein, die vielen Wünsche in eine erträgliche Form zu bringen und dabei die gewerkschaftlichen Fragen nicht zu vernachlässigen. Bei den gegensätzlichen Auffassungen in Unterstützungsfragen müßte man nun die Wirkung der neu beschlossenen Unterstützungen in etwas normaleren Zeitläuften abwarten. Die beifällige Aufnahme der Berichte zeigte sich auch in der Diskussion. Ein Redner kritisierte die Einstellung des Verbandstages zum Industrieverband. Die Festlegung von Geldern im Verbandshaus sei gegenüber den gewerkschaftlichen Aufgaben nicht richtig. Die beweisträchtige Entgegnung des Kollegen Egenberger dürfte dem Redner aber wohl gezeigt haben, daß die Tätigkeit unseres Verbandes heute schon in dem Maßern liegt, wie ihn der Breslauer Gewerkschaftskongress festgelegt habe. In seinem Schlußwort konnte sich der Kollege Schröder mit einigen Nichtigstellungen aus der Diskussion begnügen. Der Vorsitzende Klein wies noch darauf hin, daß, nachdem der Verbandstag hinter uns liege, der Vorstand sich anlegen sein lassen werde, auf wirtschaftlichen Gebieten beherrschend zu wirken, und es wird an der Kollegenschaft liegen, diese Bemühungen durch zahlreiche Teilnahme zu lohnen.

Stuttgart. (Korrektoren.) In der Versammlung am 3. Juli gab der Vorsitzende ein ausführliches Referat über den Korrektorentag. In der anschließenden Aussprache kam von verschiedenen Rednern Mißbilligung über die materielle Lage der Korrektoren zum Ausdruck. Die Tätigkeit der Zentralkommission wurde anerkannt, jedoch das Ausschneiden des Kollegen Grams bedauert. Begrüßt wurde, daß die Korrektorentage in größeren Zeitabständen stattfinden sollten. Eine Neuaufnahme fand statt. Im September soll eine Wanderversammlung in Heilbronn stattfinden.

Würzburg. Verbunden mit dem Festakt des 50jährigen Verbandsjubiläums am 4. Juli war die Ehrung von 19 Kollegen für 25jährige Verbandzugehörigkeit und das 25jährige Amtsjubiläum des Kollegen Hans Schoeffel. Ein gut gewähltes Musikstück leitete die Feier ein, ihm folgte die Festhymne von Jöllner. Nach herzlichem Begrüßungswort des Vorsitzenden Kollegen Herbert nahm Gauvorsitzender Kollege Hemert das Wort zu seiner Festansprache. Redner, der ja selbst viele Jahre hindurch die Gesänge unseres Ortsvereins geleitet, verfaßt es vorzüglich, durch besondere Würdigung der alten Vorämpfer in Würzburg schon vor der Verbandsgründung und das in großen Zügen entrollte Tätigkeitsgebiet unseres Verbandes das Interesse der Zuhörer wachzurufen. Anschließend hieran folgte die Ehrung der Jubilare. Eine Ehrenurkunde wurde

ihnen als Anerkennung für ihre Verdienstleistung überreicht. (Mit diesen 19 Kollegen haben wir bei 380 Kollegen 107 Jubilare.) In lobenden Worten wurde hierauf vom Orts- und Gauvorsitzenden unseres Kassierers Kollegen Schoeffel gedacht, der ein Jahr als Kassierer und 24 Jahre als Kassierer sein schweres Amt mit bester Gewissenhaftigkeit versieht. Geschenke vom Gau, vom Ortsverein und den Kollegen im Vorstand wurden ihm als Zeichen der Dankbarkeit überreicht. Kollege Schoeffel dankte für die Jubilare, hierbei hervorhebend, daß sie ja nicht mehr wie ihre Pflicht und Heroldigkeit getan haben. Dem Männerchor „Morgenlied“ von J. Rieh folgte ein Vortrag für Bariton und Klavier (Kollege Döbel) und der Männerchor „Im Strom“ von G. H. Mähmann, umrahmt von Musikvorträgen. Nachmittags war Ausflug nach Zell. Allen Mitwirkenden, besonders aber dem Buchdrucker-Gesangverein und seinem Dirigenten, Herrn J. M. Vogner, aufrichtigsten Dank. Möge dieses in allen Teilen würdig verkaufene Fest ein Maßstab an alle sein.

Bezirk Zwickau. Am 4. Juli fand in Zwickau unsere Bezirksversammlung statt, in der uns Bericht vom Verbandstag in Berlin erstattet wurde. Collegen G. R. L. A. (Zwickau) behandelte die idealen und organisatorischen Fragen, Kollege Dähnel (Chemnitz) die materiellen und Unterstützungsfragen. Beide Redner erledigten sich ihrer Aufgabe in weitaussehender Weise und ernteten lebhaften Beifall. In der Diskussion wurde kritisiert, daß während der letzten Tarifperiode die Berufsfestentrate und Bezahlung aller gesetzlichen Feiertage nicht wieder erreicht wurde. Auch die Verbandsausangelegenheit und das Verhalten zum Industrieverband wurde kritisch beurteilt. Zur Inpassivierung konnten mehrere Redner in der beschlossenen Form und Staffellung nicht ihr Einverständnis geben. Eine Resolution, die sich mit den Beschlüssen des Verbandstages einverstanden erklärt, wurde mit großer Mehrheit angenommen. — Am Nachmittag fand die 50jährige Jubelfeier des Verbandes in Gestalt eines Bezirksjubiläumstages statt. Die Gesangsabteilung „Typographia“ leitete mit der Festhymne von Schweibert die Feier ein und mancherlei andere Darbietungen verschönten den Nachmittag. Kollege Stadtrat Mylau würdigte in seiner Festrede die Geschichte und die Erfolge des Verbandes. Den Höhepunkt der Feier bildete die Ehrung des Kollegen Hermann Kraiser. 30 Jahre sind vergangen, seitdem der Jubilar als Vorsitzender die Mitgliedschaft Zwickau leitete und seit der Gründung der Bezirksorganisation als deren Vorsitzender amtiert. Die unermüdete Arbeitsfreude Kraisers und seine opferfreudige Tätigkeit für den Verband fanden ihre Würdigung in den Anträgen der Kollegen Dähnel (Chemnitz) im Auftrag des Gauvorsitzenden, Bauer (Zwickau) für den Bezirk und der Vertreter des Graphischen Kartells sowie des Ortsauschusses. Den Abschluß der Festveranstaltung bildete ein von Mitgliedern des Stadttheaters ausgeführtes und mit stürmischer Begeisterung aufgenommenes Festspiel, „Gutenbergs Wiederkehr“, dessen Verfasser Kollege Hermann Kraiser ist. Der anschließende Festball hielt die Teilnehmer in fröhlichster Stimmung noch lange zusammen.

Den Alten zur Ehr', den Jungen zur Lehr'!
50jährige Verbandsjubiläen
Geher Otto Ludwig. Jähige Kondition: Klobbergische Buchdruckerei in Leipzig.
Geher Heinrich Bömeke. Jähige Kondition: „Ostfriessche Zeitung“ in Emden.

Allgemeine Rundschau

Nachahmenswertes Beispiel. Anlässlich des 100jährigen Bestehens des „Geselligen“, Schneidemühl, früher Graubenz, wurde das gesamte Personal durch Geschäftsgegenwärtigkeit abgestuft. Geldebenen bedacht, außerdem erhielten ein technischer und zwei weibliche kaufmännische Angestellte für 25- und mehrjährige Tätigkeit besondere Geldpenden. Von der Handwerkerstammer wurden fünf und von der Handelskammer zwei Ehren diplome verliehen. Am Abend fand ein Festessen des gesamten Personals mit Angehörigen statt.
Wie man zu Geld kommt. Ein Fall eigenartiger Geldbeschaffung, der unsern Kollegen eine Warnung sein sollte, war kürzlich Gegenstand einer Gerichtsverhandlung. Ein Buchdruckereibesitzer in Leipzig war in 13 Fällen des Betruges angeklagt, weil er unter Verschweigung seiner finanziellen Lage und unter Verpiegelung falscher Lasten es verstanden hatte, seinen Opfern nicht unbeträchtliche Summen abzunehmen. Die Methode, die er anwandte, war keineswegs neu, dafür aber um so gewissloser. Er suchte Teilhaber, ohne ihnen mitzuteilen, daß er solche schon hatte, gab den Wert seines Betriebes fast in zehnfacher Höhe an, obwohl seine Schnellpresse schon an die Gläubiger überreignet war, und wußte seine Opfer unter Hinweis auf einen guten Geschäftsgang und auf sein reelles und gesundes Unternehmen stets zur Herabgabe von Geldmitteln zu bewegen. Auch Kautionsangebote in der Presse waren ihm ein angenehmes Mittel zum Zweck. Das Geld war natürlich für die hereingefallenen Opfer verloren. Der Staatsanwalt bestrafte gegen den gemütvollen Zeitgenossen 2 Jahre 8 Monate Gefängnis. Seine Richter minderten das Strafmaß herab auf 1½ Jahre Gefängnis und zwei Jahre Ehrverlust. Daß auch Arbeiter und Angestellte ihrer Lohn bzw. ihr Gehalt in beträchtlicher Höhe dem Manne gestundet haben, ist wirklich das bedauerlichste in all solchen Fällen. Wie oft werden wir unsern Kollegen noch sagen müssen, daß sie vor jeder Konditionsannahme vorher beim zuständigen Gauvorsitzer Ertundigung einziehen und in Fällen unregelmäßiger Lohnzahlung lieber die Konsequenzen ziehen sollen, als nachher die Betrogenen zu sein.
27. Berliner Papiermesse. Der Landesverband Brandenburg des Reichsbundes Deutscher Papier- und Schreibwarenhändler, händiger Veranstalter der „Berliner Papiermesse“, veranstaltet die diesjährige Herbstmesse in der Zeit vom 25. bis 27. September (Diesmal aber nach der Leipziger

Messe) im Gaalban Friedrichshain, Am Friedrichshain 16/23. Der Standbau wird wieder in einheitlicher Form durchgeführt. Anfragen sind an die Messeleitung, Berlin S 14, Wallstraße 31, Fernsprecher: Moritzplatz 14 140, zu richten.

Deutsche Photographische Ausstellung. Das Problem der Fernbibliothek ist durch die Popularisierung des Radio zum vielerörterten Gegenstand des Interesses weitestgehend geworden. Im Hinblick hierauf verdient die Nachricht besondere Bedeutung, daß während der Deutschen Photographischen Ausstellung in Frankfurt a. M. vom 14. August bis 1. September Professor Dr. Korn seine bekannten ausgezeichneten Versuche der Fernübertragung von Photographien vorführen wird. So ist Gelegenheit geboten, sich mit einem vollkommenen Verfahren der Bildübertragung bekannt zu machen. Außerdem wird die Frankfurter Ausstellung, die erste derartige Veranstaltung seit Kriegsende, zahlreiche glänzende besuchte wissenschaftliche Gruppen aufweisen, die darun, was die Photographie im Dienste der Medizin, der Physik, der Astronomie, des Geschichtswissenschaften usw. leistet. Die industrielle und gewerbliche Photographie wird durch Spitzenleistungen vertreten sein. Endlich darf man hervorragende Mitteilungen der photographischen Industrie und Reproduktionstechnik erwarten.

Belgien ratifiziert das Washingtoner Abkommen. Der belgische Senat ratifizierte nach zweektägiger, ziemlich leidendenschaftlicher Debatte am 28. Juli das Washingtoner Abkommen über den Achttundentag mit 103 gegen 16 Stimmen bei 11 Enthaltungen. Vorher eröffneten sowohl die Liberalen wie die Katholischen Konservativen eine scharfe Offensive gegen die Ratifizierung und beantragten ihre Vertagung, bis die andern beteiligten Länder ratifiziert hätten. Es bedurfte des energischen Eingreifens zahlreicher Arbeitervertreter sowie der offenen Drohungen Bundeswehres, daß die Verweigerung der Ratifizierung den Rücktritt der sozialistischen Minister zur Folge hätte, um die konservative Opposition zu überwinden. Da die Kammer die Ratifizierung schon vorgenommen hat, steht Belgien nunmehr formell auf dem Boden des Washingtoner Abkommens. Während der Senatsdebatte wurde von berufener Seite wiederholt darauf hingewiesen, daß nach den Zusicherungen des Reichsarbeitministers auch Deutschland demnächst das Abkommen ratifizieren werde.

Wirlungen der Krise. Der Verband der Fabrik- und Transportarbeiter (christlich) erhebt einen Sonderbeitrag „Kampf und Not“ zur Deckung der statutarischen Unterstützungsansgaben. Da dieser Sonderbeitrag nicht mehr reicht, hat der Hauptvorstand beschlossen, ab 1. August die Erwerbslosenunterstützung auf die Hälfte herabzusetzen. Diese Herabsetzung gilt auch für die am 1. August laufenden Unterstützungen. Der Sonderbeitrag wird ebenfalls weiter erhoben. — Die höheren Unterstützungsätze der Christlichen sind auch bei unsern Gutenbergs immer das stärkste Agitationsmittel bei der Mitgliederwerbung gewesen. Hier haben wir einmal einen Beweis für die Unmöglichkeit der Durchführung übermäßig hoher Unterstützungsätze. Das mag auch dem Teil unser Verbandskollegen eine Warnung sein, denn die Beschlüsse unseres letzten Verbandstages hinsichtlich der Unterstützungsätze sind, weitgehend genug sind,

Industrieverband der Lebensmittelarbeiter. Der Einheitsverband beschloß! Die beteiligten drei Verbände hätten sich auf folgende Abmachung geeinigt: „Er gibt die Zustimmung eine tragfähige Mehrheit für die Schaffung eines neuen Verbandes, so vereinigen sich die drei Einzelverbände zu einem Verband...“ Nach der erfolgten Abstimmung hatten die einzelnen Verbände zu prüfen, ob sich eine tragfähige Mehrheit nach ihrer Auffassung ergeben habe. Der Deutsche Nahrungs- und Genussmittelarbeiterverband in Hamburg hat sich in seiner Beiratsitzung am 28. Juni mit 32 gegen 9 Stimmen dahin entschieden, daß die Tragfähigkeit gegeben sei. Der Verband der Lebensmittel- und Getränkearbeiter Deutschlands hat in seiner Verbandsbeiratsitzung am 8. Juli die Tragfähigkeit des Abstimmungsresultates ebenfalls, und zwar mit 25 gegen 7 Stimmen bejaht. Der Zentralverband der Fleischer und Berufsgenossen Deutschlands hat sich durch seinen Hauptvorstand ebenfalls dahin entschieden, die Tragfähigkeit als gegeben zu betrachten. Damit ist beschlossen, daß diese drei Verbände sich zu einem Verband vereinigen werden. Den Mitgliedern der Verbände wird die Mitgliedschaft und die Beitragsleistung in ihrem jetzigen Verbände nach den Satzungen des neuen Verbandes angerechnet werden. Der neue Industrieverband mit über 130 000 Mitgliedern ins Leben treten. Er umfaßt die Brauereiarbeiter samt den Arbeitern der übrigen Getränkeindustrie, die Milchenerbeiter der Südhavensindustrie sowie die Fleischer samt den Arbeitern der Fleischwarenindustrie. Die vielumstrittene Frage der Industrieorganisation, die sich weit mehr um das Wie als um das Was dreht, ist damit, wie auch durch den Zusammenschluß in der keramischen Industrie, einen großen Schritt weitergekommen. Die ganze Entwicklung der Dinge führt zwangsläufig zu stärkerer Konzentration. Diese Entwicklung läßt sich wohl beeinflussen, keineswegs aber erzwingen. Nur der Zwang ist wirksam, der sich aus den Verhältnissen herausbildet.

Geld den Sonnabendnachmittag frei. Zu dem in der letzten Nummer des „Korr.“ veröffentlichten Aufruf des Bürgermeisters Scholz, Berlin, geleitet hat nunmehr auch eine Stellungnahme des preussischen Wohlfahrtsministers, der dieser Frage zu der jetzt besonders in Berlin stark diskutierten Frage der Neugestaltung der Arbeitsverhältnisse am Wochenende nach englischen Muster erklärte, daß er es begrüße, wenn diese Angelegenheit von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite ernsthaft erwogen werde. Die mit der Rationalisierung der Betriebe und der Verwohlommung der Technik verbundene Steigerung der Arbeitsleistung zwingt zu einer vermehrten Aufmerksamkeit gegenüber der Erhaltung der Arbeitskraft. Zur Schonung der Arbeitskräfte trägt eine bessere Ausgestaltung des Wochenendes viel bei. — Zu derselben Frage hat auch der Afl-Bund in einer Kundgebung Stellung genommen und seine Bereitwilligkeit zu Verhandlungen mit den in Frage kommenden Stellen erklärt unter der Voraussetzung, daß angesichts der großen Arbeitslosigkeit die Verhandlungen im Sinne einer Herabsetzung der Arbeitszeit geführt werden.

